

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/80

Berlin

27. März 1980

47. Jahrgang

Öffentliche Haushalte der EG-Länder im Zeichen der Konsolidierung

Die unbefriedigende Lage am Arbeitsmarkt in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft hat sich in letzter Zeit noch verschärft. Trotz eines Rückgangs der Zahl der Arbeitslosen in einigen Ländern, darunter in der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Irland, waren im Durchschnitt des Jahres 1979 mit rd. 6 Mill. in der Gemeinschaft mehr Menschen als arbeitslos gemeldet als jemals zuvor in der Nachkriegszeit. Nicht überall war dies per Saldo mit einer Freisetzung von Arbeitskräften verbunden, vielmehr war das Wirtschaftswachstum zu gering, als daß die demographisch bedingte Zunahme des Erwerbspersonenpotentials vom Arbeitsmarkt absorbiert werden konnte.

In allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft wurden in den Jahren seit 1973 vermehrt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen¹. Die aktuellen Probleme der Arbeitslosigkeit konnten damit nur gemildert, nicht aber wesentlich verringert werden. Freilich sind die eingesetzten Mittel dazu auch nur wenig geeignet. Sie wirken vor allem dann entlastend, wenn es darum geht, die Zahl der Erwerbsspersonen — in Vollzeitkräften gerechnet — zu senken, zusätzlich Arbeitsplätze im staatlichen Bereich zu schaffen oder Engpaßsituationen auf regionalen, sektoralen oder berufsbezogenen Teilarbeitsmärkten zu beseitigen. In Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums ist überdies die Gefahr groß, daß spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Mitnahmeeffekte auslösen und die Arbeitslosigkeit lediglich gleichmäßiger unter den verschiedenen

Gruppen von Arbeitnehmern verteilt wird. Ein spürbarer Abbau der Arbeitslosigkeit und damit ein Erfolg — flankierender — arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen kann sich somit nur in Zeiten einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaftstätigkeit einstellen.

Will sich der Staat nicht allein auf die Selbstheilungskräfte des privaten Sektors verlassen, so wird er durch Einnahme- und Ausgabevariationen zielgerichtet Impulse zu geben versuchen. In welchem Maße er in Abschwächungsphasen durch Ausgabensteigerungen oder Einnahmeverzicht expansiv zu wirken bereit ist, hängt primär davon ab, wie angespannt die öffentlichen Finanzen in den einzelnen EG-Ländern jeweils bereits sind und wie

¹ Das Spektrum reicht von finanziellen Anreizen zur Einstellung Arbeitsloser mittels Lohnkostenzuschüssen, Beschäftigungsprämien oder Übernahmen von Sozialversicherungsbeiträgen über zusätzliche — oft vorübergehende — Beschäftigung im öffentlichen Bereich auch mit Hilfe spezieller Arbeitsbeschaffungsprogramme sowie über die Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Anhebung des Mindestalters für die Beschäftigungsaufnahme, Gewährung von Sonderurlaub, vorübergehende Arbeitsbefreiung für Mütter, vorgezogenes Rentenalter) oder die Verminderung der regelmäßigen Arbeitszeit bis zur Förderung der Qualifikation und Mobilität von Arbeitslosen. Besondere Berücksichtigung fanden hierbei die sogenannten Problemgruppen mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten, zu denen in den meisten Ländern Frauen, Jugendliche und Schwerbehinderte zählen. Vgl. Krisenmanagement in der Europäischen Gemeinschaft durch Arbeitsmarktpolitik? Bearb.: Bernhard Seidel. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 51-52/1977.

Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den EG-Ländern 1970 bis 1980
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH¹⁾

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Belgien											
Veränderung des realen BIP ²⁾	4,4	4,1	5,7	6,4	4,7	- 2,2	5,6	1,2	2,5	3,0	2,5
Preisindex des BIP	4,6	5,3	5,6	6,7	12,1	- 12,6	7,4	6,9	4,6	5,0	6,0
Produktivität ³⁾	4,9	3,0	5,8	5,0	3,2	- 0,9	6,3	1,4	3,0	2,8	1,9
Erwerbstätige	- 0,5	1,0	+ 0,0	1,3	1,4	- 1,4	- 0,6	- 0,2	- 0,4	0,2	0,6
Arbeitslosenquote ⁴⁾	2,2	2,2	2,8	2,9	3,2	5,3	6,8	7,8	8,4	8,7	8,8
Bundesrepublik Deutschland											
Veränderung des realen BIP ²⁾	6,0	3,2	3,7	4,9	0,5	- 2,1	5,6	2,8	3,5	4,5	2,0
Preisindex des BIP	7,3	7,7	5,6	6,1	6,9	6,7	3,3	3,6	3,9	3,5	4,5
Produktivität ³⁾	4,7	3,0	3,9	4,6	2,4	1,4	6,5	3,1	3,2	3,2	2,0
Erwerbstätige	1,3	0,3	- 0,2	0,3	- 1,9	- 3,4	- 0,9	- 0,2	0,3	1,3	0,0
Arbeitslosenquote ⁴⁾	0,6	0,7	0,9	1,0	2,2	4,2	4,1	4,0	3,9	3,4	3,4
Dänemark											
Veränderung des realen BIP ²⁾	2,6	2,4	5,4	5,2	0,6	- 1,2	6,3	1,9	1,0	2,5	0,5
Preisindex des BIP	8,0	7,9	9,2	9,6	10,4	- 12,6	8,6	9,0	9,6	8,5	9,5
Produktivität ³⁾	1,9	2,6	4,0	3,9	0,1	- 0,1	5,0	1,7	0,0	1,7	0,3
Erwerbstätige	0,7	- 0,1	1,4	1,3	0,4	- 1,1	1,2	0,1	1,0	0,8	0,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾	1,0	1,2	1,2	0,7	2,0	4,6	4,7	5,8	6,6	5,8	6,1
Frankreich											
Veränderung des realen BIP ²⁾	5,7	5,4	5,9	5,4	3,2	0,2	4,6	2,8	3,3	3,0	2,0
Preisindex des BIP	5,6	5,8	6,1	7,8	11,1	13,2	10,0	8,8	9,9	10,5	11,0
Produktivität ³⁾	4,4	5,0	5,3	4,1	2,6	1,6	4,4	2,8	2,3	2,5	1,9
Erwerbstätige	1,3	0,4	0,6	1,3	0,6	- 1,3	0,2	0,1	1,0	0,5	0,1
Arbeitslosenquote ⁴⁾	1,3	1,6	1,8	1,8	2,3	3,9	4,3	4,9	5,3	5,9	6,8
Irland											
Veränderung des realen BIP ²⁾	2,8	4,1	5,7	4,6	2,1	1,2	2,9	5,6	5,5	3,5	2,5
Preisindex des BIP	.	10,0	13,2	15,5	7,0	23,6	19,1	13,5	9,0	11,5	12,5
Produktivität ³⁾	.	3,9	6,3	3,9	1,1	2,9	4,5	5,2	4,4	1,4	1,9
Erwerbstätige	- 1,2	0,2	- 0,5	0,7	0,9	- 1,7	- 1,5	0,3	1,1	2,1	0,6
Arbeitslosenquote ⁴⁾	5,8	5,6	6,5	6,0	6,3	8,7	9,8	9,6	8,9	7,9	7,8
Italien											
Veränderung des realen BIP ²⁾	5,0	1,6	3,1	6,9	4,2	- 3,5	5,7	1,7	2,6	4,0	1,5
Preisindex des BIP	6,7	7,2	6,2	11,7	18,3	17,2	18,2	18,2	13,3	15,5	18,0
Produktivität ³⁾	4,6	1,6	4,3	6,1	2,7	- 3,6	4,9	1,2	2,0	3,5	1,7
Erwerbstätige	0,3	- 0,1	- 1,1	0,8	1,5	0,2	0,8	0,5	0,6	0,5	- 0,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾	4,4	5,1	5,2	5,0	4,8	5,3	5,6	6,4	7,1	7,7	8,4
Luxemburg											
Veränderung des realen BIP ²⁾	1,6	4,4	5,6	10,5	4,2	- 9,4	2,2	1,4	3,2	2,5	.
Preisindex des BIP	11,2	- 0,7	4,9	11,4	16,2	2,1	7,3	6,0	3,2	5,4	.
Produktivität ³⁾	- 0,1	1,6	2,6	8,2	1,5	- 9,7	3,7	2,2	3,9	1,9	.
Erwerbstätige	2,6	2,7	2,7	2,1	2,6	0,2	- 1,5	- 0,8	- 0,7	0,6	- 0,1
Arbeitslosenquote ⁴⁾	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,5	0,8	0,8	0,9
Niederlande											
Veränderung des realen BIP ²⁾	6,9	4,4	3,9	5,9	4,2	- 1,1	4,7	2,2	2,4	3,0	2,0
Preisindex des BIP	5,4	8,4	8,9	8,1	8,7	11,4	8,5	7,3	5,3	4,3	6,0
Produktivität ³⁾	5,6	3,8	4,8	5,9	4,2	- 0,5	4,9	2,0	2,2	2,8	1,8
Erwerbstätige	1,2	0,6	- 0,9	+ 0,0	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾	1,0	1,3	2,3	2,3	2,9	4,0	4,3	4,1	4,1	4,3	4,3
Vereinigtes Königreich											
Veränderung des realen BIP ²⁾	2,4	2,6	2,3	7,9	- 1,8	- 1,7	3,6	1,1	3,1	0,5	- 2,0
Preisindex des BIP	10,7	9,3	8,0	6,8	15,4	27,3	14,9	13,3	10,3	14,0	16,0
Produktivität ³⁾	2,9	4,0	2,4	5,4	- 2,3	- 1,1	4,4	0,6	2,9	- 0,3	- 1,5
Erwerbstätige	- 0,5	- 1,4	- 0,1	2,4	0,4	- 0,5	- 0,7	0,5	0,2	0,8	- 0,5
Arbeitslosenquote ⁴⁾	2,5	3,2	3,5	2,5	2,4	3,8	5,3	5,7	5,7	5,6	6,6
EG insgesamt											
Veränderung des realen BIP ²⁾	5,0	3,4	4,0	6,0	1,6	- 1,6	4,9	2,3	3,1	3,0	1,5
Preisindex des BIP	6,7	7,4	6,6	7,7	11,7	15,0	10,5	10,4	7,9	8,5	10,0
Produktivität ³⁾	4,4	3,6	4,2	4,9	1,5	- 0,2	5,1	2,1	2,8	2,3	1,5
Erwerbstätige	0,6	- 0,1	- 0,2	1,1	0,1	- 1,3	- 0,2	0,2	0,3	0,7	0,0
Arbeitslosenquote ⁴⁾	2,0	2,5	2,7	2,5	2,9	4,3	4,9	5,3	5,5	5,6	6,2

1) Für die Arbeitslosenquote wird nicht die jährliche Veränderung, sondern das Niveau angegeben.- 2) Zu Preisen von 1970.- 3) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.- 4) Zahl der Arbeitslosen in vH der Zahl der zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Nationale und internationale Statistiken, Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

groß die Bereitschaft ist, Defizite zu machen. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre sind überdies die wirtschaftspolitischen Instanzen in vielen EG-Ländern mit dem Problem konfrontiert, daß die Preise auch in Zeiten schwacher oder sogar rezessiver Wirtschaftstätigkeit rasch weiter steigen. Dann besteht die Gefahr, daß aus Furcht vor zusätzlichen Inflationsimpulsen expansive Strategien nur sehr vorsichtig eingeleitet und wieder zurückgenommen werden, ehe sie ihre Wirkungen voll entfalten können. Damit ist aber weder dem Wachstums- und Beschäftigungsziel noch dem Stabilitätsziel gedient. Denn eine rasche Abfolge von konjunktureller Erholung und Abschwächung erzeugt Unsicherheit, die sich tendenziell konjunkturschwächend auswirkt. Überdies führt sie zu Anpassungsverzögerungen im Tarifverhandlungsprozeß. Damit verschärfen sich die Verteilungskonflikte zwischen Unternehmen und Gewerkschaften und geben dem Inflationsprozeß neue Nahrung.

Nach kräftigem expansiven Impuls . . .

Strategien und Handlungsspielraum der Finanzpolitik in den EG-Ländern lassen sich anhand der Struktur und Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den 70er Jahren beurteilen². Seit dem Konjunkturunbruch von 1974/75 verzeichnen alle EG-Länder mit Ausnahme Luxemburgs Defizite in den öffentlichen Haushalten. Hinsichtlich der Ausgangslage sowie der Struktur und Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben gibt es jedoch Unterschiede.

Während die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in Dänemark und Frankreich von 1970 bis 1974 regelmäßig Überschüsse aufwiesen und in den Niederlanden sowie der Bundesrepublik Deutschland bei leichteren Schwankungen im Mehrjahresdurchschnitt etwa ausgeglichen waren, erreichten die Defizite in Belgien, Irland, Italien und zum Teil auch in Großbritannien selbst in Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums, wie 1970, 1972 und 1973, schon 3 und 6 vH des Bruttoinlandsprodukts. In Irland kommt darin das Bemühen des Staates um die Industrialisierung des Landes zum Ausdruck. Relativ hoch sind in Irland die Subventionen und Investitionszuschüsse. In Italien wiederum zeigt sich deutlich ein Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen auf staatliche Leistungen und der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote. Das Aufkommen sowohl an direkten als auch an indirekten Steuern im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bleibt hinter dem der übrigen Länder zurück. Korrigierende steuerliche Maßnahmen wären in der jüngeren Vergangenheit wegen der Schwankungen im Wirtschaftsablauf konjunkturpolitisch freilich selten erwünscht gewesen. Auch in Belgien ist insbesondere das Steueraufkommen nicht zügig genug der gestiegenen Ausgabenbelastung angepaßt worden. Hier

wie auch in Großbritannien führte die defizitäre Haushaltsgestaltung zu einem überdurchschnittlich hohen Gewicht des Schuldendienstes.

In allen EG-Ländern sind die 1975 im Zuge der Rezession entstandenen bzw. kräftig angestiegenen Defizite auf mehrere Faktoren zurückzuführen. In vielen Ländern stagnierte die Steuerquote oder ging zurück, teils aufgrund bereits zuvor eingeleiteter Steuerreformen (Bundesrepublik Deutschland), teils infolge gezielter konjunkturstützender Steuererleichterungen (Dänemark, Frankreich). Nur in Großbritannien, wo die indirekten Steuern angehoben worden sind, in Belgien, Luxemburg und in den Niederlanden – hier trotz Steuererleichterungen zur Konjunkturbelebung – nahm die Steuerquote noch zu.

Auf der Ausgabenseite stiegen insbesondere die Sozialleistungen überall rasch an, ohne daß die Einnahmen aus Sozialbeiträgen damit Schritt halten konnten. Hauptursachen für diesen Ausgabenanstieg waren eine starke Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und der damit einhergehenden Aufwendungen, überproportionale Steigerungen der Kosten im Gesundheitswesen, die dynamische Gestaltung der Rentenzahlungen sowie teilweise, wie in Italien, die Öffnung des Sozialversicherungssystems für weitere soziale Gruppen neben den Arbeitnehmern, Arbeitsmarktmaßnahmen und spezielle Beihilfen für einkommensschwache Gruppen (Frankreich). Auch die staatlichen Käufe von Gütern und Diensten und die Investitionsausgaben haben im Rezessionsjahr in jedem Land schneller zugenommen als das nominale Bruttoinlandsprodukt, wenn auch zum Teil – wie in der Bundesrepublik Deutschland – nur geringfügig schneller.

Darüber hinaus haben sich Maßnahmen zur Investitionsbelebung, beispielsweise Investitions- oder Zinszuschüsse, in vielen Ländern in einer überproportionalen Zunahme der Vermögensübertragungen oder der sonstigen laufenden Übertragungen niedergeschlagen. Die haushaltsmäßigen Effekte haben sich wegen der Wirkungsverzögerungen hier zum Teil allerdings erst verspätet eingestellt.

² Grundlage dafür bilden die Einnahmen und Ausgaben des gesamten Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in der Abgrenzung des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Angaben sind nur soweit konsolidiert, wie es das Informationssystem zuließ: Die sonstigen laufenden Übertragungen innerhalb des Staates, die den größten Teil der innerstaatlichen Transfers ausmachen, sowie die vom Zentralstaat an nachgeordnete Gebietskörperschaften geleisteten Investitionszuschüsse wurden gegeneinander aufgerechnet; in den Zinseinnahmen und -ausgaben sind dagegen Bestandteile von Einkommensübertragungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung enthalten, die je nach Finanzverfassung und Funktionenteilung im Ländervergleich unterschiedliche Größenordnungen annehmen können.

Insgesamt gingen von den öffentlichen Haushalten der EG-Länder im Krisenjahr 1975 infolge der eingebauten Stabilisatoren im Transferbereich einerseits, andererseits aufgrund gezielter Sozialmaßnahmen und gesteigener Beanspruchung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials konjunktur-stabilisierende Wirkungen aus. Ihr Ausmaß ist indes nur schwer abzugreifen. Die sich insgesamt ergebenden Defizite beliefen sich in Italien auf fast 15 vH, in Irland auf mehr als 11 vH, in der Bundesrepublik und in Belgien auf knapp 6 vH und in Großbritannien auf 5 vH des Bruttoinlandsprodukts. Dagegen waren die öffentlichen Finanzen in Dänemark, Frankreich und den Niederlanden mit einem Defizit in Höhe von 2 bis 3 vH des Bruttoinlandsprodukts weniger angespannt, in Luxemburg wurde lediglich der Haushaltsüberschuß von zuvor mehr als 5 vH des Bruttoinlandsprodukts auf gut 1 vH zurückgeführt.

. . . Bemühungen um Haushaltskonsolidierung

Als sich im späteren Verlauf des Jahres 1975 abzeichnete, daß die Wirtschaft 1976 wieder stärker wachsen würde, wurde in fast allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine Wende in der Haushaltspolitik mit dem Ziel eingeleitet, die Defizite möglichst rasch abzubauen. Dies wurde zum Teil erleichtert durch die Progressionswirkungen der direkten Steuern, deren Aufkommen in der Bundesrepublik Deutschland, in Dänemark, Frankreich, Irland und Luxemburg rasch stieg. In Italien wurde diese Wirkung noch durch Änderungen der Erhebungstechnik zur periodengerechteren Besteuerung der Einkommen von Selbständigen sowie durch die Einführung von Kapitalertragsteuern verstärkt.

Die Ausgabenzuwächse waren 1976 relativ niedrig. Dies ging zu Lasten der Sachkäufe, vor allem aber der öffentlichen Investitionen. Selbst der Anstieg der Personalausgaben des Staates blieb in einigen Ländern hinter der Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück, nicht zuletzt wegen zurückhaltender Einstellungspolitik. In Großbritannien war dieser Effekt besonders deutlich. Er dürfte auf die Sozialkontrakte zurückzuführen sein, die die Tariflohnsteigerungen in engen Grenzen halten sollten und im öffentlichen Dienst auch weitgehend eingehalten worden sind.

Zu einer Abschwächung des Zuwachses der Sozialleistungen führte in Italien die Reform des Gesundheitswesens. In den übrigen EG-Ländern stiegen dagegen die Sozialleistungen weiter überproportional an, auch infolge der mit Ausnahme der Bundesrepublik überall zu beobachtenden Zunahme der Arbeitslosenzahlen, die teils aus raschen, das Produktionswachstum übersteigenden Produktivitätsfortschritten, teils aus der demographischen Situation resultierte.

Die abrupte Zurückführung der Haushaltsdefizite in der Bundesrepublik, in Dänemark, Frankreich und Italien hat erheblich dazu beigetragen, daß sich das Wachstumsklima schnell verschlechterte und 1977 nur noch ein geringes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verwirklicht werden konnte mit der Folge, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verhärtete. Aber auch in Belgien, Großbritannien und den Niederlanden, wo zunächst eine unvermindert defizitäre Finanzpolitik durchgehalten wurde, konnte der Konjunkturreinbruch nicht verhindert werden. In Belgien und in den Niederlanden spielt die hohe Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung im Ausland eine wichtige Rolle. Am Beispiel Großbritanniens sind die Probleme der Wahl einer geeigneten Anregungsstrategie zu erkennen. Da die Multiplikatoren staatlicher Transfers niedriger anzusetzen sind als jene öffentlicher Käufe von Gütern und Dienstleistungen, haben die expansiven Impulse, ausgelöst durch die Steuerentlastungen für Verbraucher und Investoren, die kontraktiven Wirkungen reduzierter Ausgabenzuwächse nicht kompensieren können, so daß dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüssen finanzpolitisch letztlich kaum entgegengewirkt wurde.

Trotz der schlechten Beschäftigungssituation stand die Finanzpolitik in den meisten EG-Ländern auch 1977 noch im Zeichen der Haushaltskonsolidierung. Während bis dahin im Vergleich der EG-Länder untereinander zwar nicht in der Wahl der finanzpolitischen Instrumente, wohl aber in der mit ihrem Einsatz verbundenen konjunkturpolitischen Absicht – d. h. auch in der haushaltspolitischen Begründung ihrer Rücknahme – übereinstimmende Verhaltensweisen zu erkennen sind, zeigt sich am Beispiel der vier großen EG-Länder für die Folgejahre ein stärker differenziertes Bild.

Großbritannien führte zunächst den 1976 begonnenen Kurs fort, indem die Inanspruchnahme des Bruttoinlandsprodukts durch den Staat weiter zurückgenommen, zugleich mit Hilfe steuerlicher Erleichterungen ein Impuls zur Wirtschaftsbelebung gegeben wurde. Die Finanzpolitik mündete Mitte 1979 jedoch in eine ausschließlich am Stabilitätsziel orientierte, kontraktive Konsolidierungspolitik, die auf dem Wege einer Erhöhung der indirekten Steuern und einer gleichzeitigen Begrenzung des Ausgabenzuwachses durchgesetzt wird. Sie ist nicht geeignet, den für 1980 erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts aufzuhalten und wird mit einem kräftigen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen einhergehen.

In *Frankreich* gelang 1978 infolge von Steuermindereinnahmen und zusätzlichen Übertragungen an private Haushalte die beabsichtigte Konsolidierung trotz der Rückführung des Ausgabenzuwachses nicht. Das Haushaltsdefizit wurde jedoch im folgen-

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾ 1970 bis 1980
Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Belgien ³⁾										
Einnahmen insgesamt	40,2	40,2	40,2	41,2	42,1	45,5	45,7	46,2	47,3	47,6	48,5
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	24,6	24,6	24,6	25,3	26,1	27,9	28,1	28,7	30,1	30,5	.
dar.: Direkte Steuern	11,4	12,0	12,8	13,7	14,7	16,8	16,4	17,2	18,4	18,7	.
Sozialbeiträge	12,4	12,9	13,2	13,6	13,8	15,1	15,1	15,0	14,6	14,6	.
Ausgaben insgesamt	42,8	43,7	44,9	45,3	45,2	51,0	51,9	52,4	53,8	54,8	56,1
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	13,4	14,1	14,5	14,5	14,6	16,5	16,5	16,5	17,2	17,3	.
dar.: Personalausgaben	9,9	10,3	10,9	11,1	11,3	12,5	12,6	12,6	13,0	13,2	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	4,6	5,2	5,0	4,4	4,0	4,2	4,3	4,1	3,9	4,1	.
Sozialleistungen	16,1	16,3	16,9	17,5	18,0	21,2	21,7	22,0	22,5	22,7	.
Sonstige lfd. Übertragungen	8,0	7,5	7,7	8,2	7,8	8,3	8,6	8,9	9,4	9,8	.
dar.: Subventionen	2,9	2,8	3,0	3,2	3,0	3,3	3,5	3,6	3,8	3,8	.
Zinsausgaben	3,5	3,4	3,4	3,4	3,6	3,7	3,9	4,2	4,7	5,2	.
Vermögensübertragungen	0,7	0,6	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	0,9	.
dar.: Investitionszuschüsse	0,5	0,5	0,6	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	- 2,6	- 3,5	- 4,7	- 4,1	- 3,1	- 5,5	- 6,2	- 6,2	- 6,5	- 7,2	- 7,6
	Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾										
Einnahmen insgesamt	38,3	39,1	39,7	41,5	41,9	41,4	42,7	44,7	44,2	43,8	43,8
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	23,6	24,0	24,0	25,2	25,0	23,9	24,6	26,2	25,7	25,4	.
dar.: Direkte Steuern	10,7	11,2	11,0	12,6	13,0	12,0	12,8	13,7	13,0	12,5	.
Sozialbeiträge	12,0	12,4	13,0	13,8	14,3	14,9	15,4	15,5	15,4	15,3	.
Ausgaben insgesamt	38,0	39,3	40,2	40,3	43,3	47,1	46,3	47,1	47,0	46,7	46,5
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	12,1	12,8	12,9	13,2	14,1	14,5	13,9	13,7	13,7	13,6	.
dar.: Personalausgaben	8,9	9,5	9,8	10,2	11,1	11,5	11,1	11,1	11,0	10,8	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	4,5	4,5	4,1	3,8	4,1	4,0	3,6	3,3	3,5	3,7	.
Sozialleistungen	16,1	16,5	17,3	17,7	19,3	22,6	22,3	22,4	22,1	21,7	.
Sonstige lfd. Übertragungen	3,5	3,5	3,8	3,5	3,5	3,8	4,0	5,1	5,4	5,4	.
dar.: Subventionen	1,4	1,3	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,6	1,8	1,8	.
Zinsausgaben	0,9	1,0	1,0	1,1	1,2	1,4	1,5	1,7	1,7	1,7	.
Vermögensübertragungen	1,8	2,0	2,1	2,1	2,3	2,2	2,5	2,6	2,3	2,3	.
dar.: Investitionszuschüsse	0,8	0,9	1,0	1,0	1,2	1,1	1,5	1,4	1,4	1,5	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 0,3	- 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 1,4	- 5,7	- 3,6	- 2,4	- 2,8	- 2,9	- 2,7
	Dänemark ⁵⁾										
Einnahmen insgesamt	44,5	46,8	46,8	46,0	48,9	45,7	46,3	49,2	47,8	49,2	48,3
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	38,5	42,0	41,2	41,5	43,6	39,9	41,2	41,9	42,6	44,3	.
dar.: Direkte Steuern	21,3	24,6	23,9	25,0	27,9	24,5	24,9	24,6	24,5	25,4	.
Sozialbeiträge	2,4	2,4	2,5	1,7	1,5	1,5
Ausgaben insgesamt	42,4	43,8	43,2	40,9	45,1	47,6	47,1	49,6	48,5	50,5	50,8
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	20,0	21,3	21,2	21,0	23,0	24,8	23,9	23,9	24,3	25,0	.
dar.: Personalausgaben	13,3	14,4	14,5	14,7	16,2	17,4	16,7	16,7	17,0	17,5	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	4,7	4,4	4,1	3,5	3,8	3,8	3,5	3,3	3,4	3,5	.
Sozialleistungen	11,3	11,6	11,6	11,3	12,7	13,8
Sonstige lfd. Übertragungen	5,1	5,2	5,2	4,1	4,5	4,1
dar.: Subventionen	2,6	2,8	2,8	1,8	2,3	1,6	1,7	1,4	1,7	.	.
Zinsausgaben	1,8	1,7	1,5	1,4	1,4	1,4
Vermögensübertragungen	1,3	1,3	1,1	1,0	1,1	1,2
dar.: Investitionszuschüsse
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,1	+ 3,8	- 1,9	- 0,8	- 0,4	- 0,7	- 1,3	- 2,5

noch: **Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾ 1970 bis 1980**
 Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Frankreich ⁶⁾										
Einnahmen insgesamt	40,3	39,5	39,4	39,7	40,6	42,0	44,2	44,0	42,6	45,4	45,5
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	22,4	21,6	21,6	21,8	21,8	21,6	23,1	22,2	21,4	22,7	.
dar.: Direkte Steuern	7,2	6,7	6,7	7,0	7,4	7,2	8,2	8,3	7,7	8,0	.
Sozialbeiträge	14,6	14,8	14,9	15,0	15,7	17,1	17,7	18,5	18,0	19,5	.
Ausgaben insgesamt	39,4	38,7	38,6	38,8	40,0	44,2	44,6	45,3	44,9	46,9	47,0
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	13,5	13,4	13,1	13,2	13,6	14,4	14,6	14,9	14,7	15,3	.
dar.: Personalausgaben	9,7	9,7	9,6	9,7	10,0	10,7	10,8	11,2	11,0	11,4	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	3,9	3,8	3,8	3,4	3,5	3,9	3,3	3,3	3,2	3,2	.
Sozialleistungen	16,8	16,9	17,1	17,3	17,9	20,1	20,4	21,3	21,5	22,6	.
Sonstige lfd. Übertragungen	4,5	4,0	4,0	4,3	4,3	5,0	5,1	5,1	4,9	5,2	.
dar.: Subventionen	2,0	1,6	1,5	1,6	1,8	2,0	2,1	2,2	2,0	2,1	.
Zinsausgaben	1,1	1,1	0,9	0,8	0,9	1,3	1,2	1,4	1,4	1,5	.
Vermögensübertragungen	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7	0,8	1,2	0,7	0,6	0,6	.
dar.: Investitionszuschüsse	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,7	1,1	0,5	0,5	0,5	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	- 2,2	- 0,4	- 1,3	- 2,3	- 1,5	- 1,5
	Irland ³⁾										
Einnahmen insgesamt	37,2	38,4	37,2	36,9	39,5	39,4	42,5	41,4	41,1	38,9	43,3
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	27,4	28,1	27,0	26,6	27,9	27,2	30,1	29,0	.	.	.
dar.: Direkte Steuern	8,6	9,4	9,0	9,1	10,0	10,3	11,5	11,6	.	.	.
Sozialbeiträge	4,2	4,5	4,5	4,7	5,9	6,6	7,0	6,7	.	.	.
Ausgaben insgesamt	39,8	41,0	40,2	39,8	46,7	50,7	50,6	49,2	51,2	54,4	53,4
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	14,1	14,8	15,0	15,2	17,5	19,0	19,0	18,3	.	.	.
dar.: Personalausgaben	9,6	9,7	10,0	10,0	11,4	12,5	12,1	11,4	.	.	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	3,6	3,7	3,5	3,7	5,1	4,8	3,8	3,7	.	.	.
Sozialleistungen	8,6	8,9	8,9	9,5	11,5	13,0	13,0	12,2	.	.	.
Sonstige lfd. Übertragungen	11,0	10,9	10,5	9,5	10,6	12,0	12,7	12,9	.	.	.
dar.: Subventionen	4,7	4,6	4,2	3,2	3,3	3,8	3,6	3,6	.	.	.
Zinsausgaben	4,6	4,6	4,5	4,5	5,1	5,9	6,6	7,0	.	.	.
Vermögensübertragungen	2,5	2,7	2,3	1,9	2,0	1,9	2,1	2,1	.	.	.
dar.: Investitionszuschüsse	2,5	2,7	2,3	1,8	2,0	1,9	2,1	2,0	.	.	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	- 2,7	- 2,6	- 3,0	- 2,9	- 7,2	-11,3	- 8,1	- 7,8	-10,1	-15,5	-10,1
	Italien ³⁾										
Einnahmen insgesamt	34,3	34,9	34,7	34,2	34,6	37,2	37,4	39,3	37,6	36,8	35,9
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	18,1	18,0	17,9	17,2	17,2	16,8	18,5	20,3	20,4	19,5	.
dar.: Direkte Steuern	6,0	6,2	6,8	6,6	6,5	7,3	8,2	9,2	10,3	10,0	.
Sozialbeiträge	12,9	13,4	13,5	13,7	13,9	15,2	15,1	14,8	14,1	14,4	.
Ausgaben insgesamt	37,4	39,9	41,8	40,5	40,5	51,8	47,2	49,2	48,0	47,2	45,8
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	12,7	14,1	14,6	14,0	13,5	13,8	13,2	13,7	13,2	13,3	.
dar.: Personalausgaben	9,7	10,6	11,0	10,7	10,2	10,3	10,0	10,4	9,9	10,2	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	3,2	3,1	3,1	2,8	3,1	3,7	3,8	3,5	3,4	3,3	.
Sozialleistungen	15,1	16,4	17,3	16,9	16,5	20,2	19,8	19,6	19,3	18,8	.
Sonstige lfd. Übertragungen	4,9	5,4	5,9	6,0	6,4	8,4	8,8	9,6	10,5	10,1	.
dar.: Subventionen	1,6	1,7	2,0	1,7	1,7	2,4	2,0	2,2	2,2	2,2	.
Zinsausgaben	2,4	2,7	2,9	3,2	3,6	4,9	5,7	6,5	7,2	7,2	.
Vermögensübertragungen	1,5	0,9	0,9	0,8	1,0	5,7	1,6	2,6	1,6	1,7	.
dar.: Investitionszuschüsse	1,5	0,9	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,1	1,5	1,6	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	- 3,1	- 5,0	- 7,1	- 6,3	- 5,9	-14,6	- 9,8	- 9,9	-10,4	-10,4	- 9,9

noch: Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾ 1970 bis 1980
Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Luxemburg ³⁾										
Einnahmen insgesamt	45,1	39,6	40,5	40,2	41,5	50,8	54,4	56,8	57,9	57,1	56,7
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	26,9	23,8	24,5	24,8	25,8	30,2	31,1	33,7	.	.	.
dar.: Direkte Steuern	15,3	13,4	13,1	13,9	15,8	17,4	18,3	20,6	.	.	.
Sozialbeiträge	12,8	11,2	11,4	10,9	11,5	15,1	16,6	16,9	.	.	.
Ausgaben insgesamt	41,6	37,2	38,3	36,7	36,4	49,6	52,7	54,7	54,1	54,3	54,6
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	12,3	11,0	11,2	10,7	11,0	14,4	14,8	15,3	.	.	.
dar.: Personalausgaben	9,0	8,1	8,3	8,1	8,4	10,6	11,1	11,6	.	.	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	4,6	4,7	5,1	5,7	5,5	6,7	6,6	7,2	.	.	.
Sozialleistungen	17,4	15,4	16,1	14,9	14,3	20,2	22,1	22,9	.	.	.
Sonstige lfd. Übertragungen	6,0	5,0	4,9	4,5	4,7	7,0	7,9	8,2	.	.	.
dar.: Subventionen	2,9	2,4	2,6	2,3	2,9	4,0	4,5	5,2	.	.	.
Zinsausgaben	1,7	1,4	1,4	1,2	1,0	1,2	1,2	1,3	.	.	.
Vermögensübertragungen	1,3	1,1	1,0	0,9	0,9	1,3	1,3	1,1	.	.	.
dar.: Investitionszuschüsse	1,2	1,1	1,0	0,8	0,9	1,3	1,2	1,1	.	.	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,5	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,1
	Niederlande ⁶⁾										
Einnahmen insgesamt	46,0	47,1	48,0	49,4	50,5	52,9	53,5	54,1	54,6	56,3	57,9
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	25,7	26,2	26,9	26,8	26,5	27,2	27,4	27,9	28,3	29,1	.
dar.: Direkte Steuern	13,8	14,7	15,2	15,4	15,8	16,5	16,2	16,0	16,1	17,1	.
Sozialbeiträge	15,6	16,5	16,7	18,0	19,0	19,7	19,4	19,3	19,5	19,9	.
Ausgaben insgesamt	46,8	47,6	48,0	48,3	50,6	55,6	55,9	55,7	56,7	59,2	60,2
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	16,3	16,7	16,7	16,3	17,0	18,2	18,2	18,3	18,3	18,6	.
dar.: Personalausgaben	11,8	12,2	12,5	12,4	12,9	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	4,8	4,9	4,3	3,9	3,8	4,1	3,9	3,4	3,2	3,3	.
Sozialleistungen	17,5	18,7	19,7	20,4	21,7	24,1	24,8	25,3	26,1	26,8	.
Sonstige lfd. Übertragungen	6,8	6,0	5,9	6,1	6,7	7,3	7,3	7,5	7,9	8,3	.
dar.: Subventionen	1,8	0,6	0,7	0,7	1,0	1,0	1,4	1,4	1,4	1,6	.
Zinsausgaben	3,6	3,6	3,5	3,6	3,8	3,9	3,8	3,8	4,0	4,2	.
Vermögensübertragungen	1,4	1,3	1,4	1,6	1,4	1,9	1,7	1,2	1,2	2,2	.
dar.: Investitionszuschüsse	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,8	0,9	0,8	0,8	1,8	.
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	- 0,8	- 0,5	- 0,0	+ 1,1	- 0,1	- 2,7	- 2,4	- 1,6	- 2,1	- 2,9	- 2,3
	Vereinigtes Königreich ³⁾										
Einnahmen insgesamt	43,8	41,6	40,2	39,3	43,0	44,0	43,0	42,6	40,9	41,6	43,5
dar.: Lfd. Steuereinnahmen	31,8	29,9	28,1	27,1	29,6	30,0	28,7	29,6	28,8	29,6	.
dar.: Direkte Steuern	15,7	14,9	13,8	13,8	16,3	17,0	16,1	15,6	14,1	13,5	.
Sozialbeiträge	6,4	6,2	6,6	6,7	7,5	8,3	8,5	7,9	7,3	7,2	.
Ausgaben insgesamt	41,2	40,2	42,3	42,7	47,1	49,0	48,1	45,9	45,1	45,1	46,2
dar.: Staatsverbrauch insgesamt	17,8	18,1	18,8	18,6	20,5	22,7	22,1	20,8	20,3	20,0	.
dar.: Personalausgaben	11,7	12,1	12,8	12,6	13,8	15,3	14,8	13,6	12,4	12,2	.
Bruttoinvestitionen ²⁾	4,9	4,6	4,6	5,1	5,4	4,9	4,6	3,5	2,8	2,8	.
Sozialleistungen	8,5	8,4	9,1	8,9	9,6	10,1	10,5	10,7	11,1	11,2	.
Sonstige lfd. Übertragungen	7,9	7,5	7,9	8,0	10,3	9,9	9,9	9,8	9,7	10,1	.
dar.: Subventionen	1,7	1,6	1,9	1,9	3,5	3,3	2,7	2,4	2,2	2,2	.
Zinsausgaben	4,8	4,5	4,5	4,6	5,3	5,1	5,5	5,4	5,4	5,7	.
Vermögensübertragungen	2,1	1,6	1,9	2,1	1,3	1,4	1,1	1,1	1,2	1,0	.
dar.: Investitionszuschüsse	1,6	1,6	1,3	1,3	1,2	1,2	1,1
Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 2,6	+ 1,4	- 2,1	- 3,4	- 4,1	- 5,0	- 5,1	- 3,3	- 4,2	- 3,5	- 2,7

1) Angaben in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.- 2) Einschließlich Nettokäufen von Grundstücken.- 3) Ab 1978 geschätzt.- 4) 1980 geschätzt.- 5) Ab 1976 geschätzt.- 6) Ab 1979 geschätzt.

Quellen: Nationale und Internationale Statistiken, Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

den Jahr, als die Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zum nominalen Sozialprodukt überproportional stiegen, deutlich reduziert. Nach den Planansätzen sind für das laufende Jahr kaum Impulse zu erwarten.

In *Italien* scheiterten 1978 die Konsolidierungsbemühungen trotz der unterdurchschnittlichen Steigerung der öffentlichen Verbrauchs- und Investitionsausgaben einerseits, der Anhebung direkter und indirekter Steuern andererseits daran, daß sich die Schere zwischen Sozialleistungen und Sozialbeiträgen weiter öffnete. Darüber hinaus wurden vermehrt Investitionszuschüsse – insbesondere für den Wohnungsbau – gewährt. Insgesamt haben hier eher expansive Faktoren gewirkt. Für 1980 ist allerdings wiederum die Reduktion des – im EG-Vergleich außerordentlich hohen – Haushaltsdefizits geplant, indem sowohl die Einnahmen als auch insbesondere die Ausgaben schwächer zunehmen sollen als das Bruttoinlandsprodukt.

In der *Bundesrepublik Deutschland* wiederum war die Finanzpolitik der letzten beiden Jahre deutlich auf eine Belebung der wirtschaftlichen Kräfte angelegt, Steuererleichterungen waren begleitet von der Ausweitung der öffentlichen Investitionen und der Subventionen. Hier konnte die Arbeitslosenquote sukzessive abgebaut werden. Für 1980 ist damit zunächst nicht zu rechnen³.

Abgestimmtes Vorgehen zur Wirtschaftsbelebung erforderlich

Welche Schlußfolgerungen sind aus der Analyse des finanzpolitischen Verhaltens der EG-Länder in den 70er Jahren zu ziehen? Zunächst ist festzuhalten, daß bei aller Belastung der öffentlichen Haushalte im Zuge steigender Arbeitslosigkeit eine expansive Haushaltsgestaltung im Sinne einer nachhaltigen Vollbeschäftigungsstrategie nicht im Vordergrund der Finanzpolitik stand. Im Vordergrund stand vielmehr die Furcht, daß der Inflationsprozeß sich beschleunigen könnte. Infolgedessen neigen die Finanzpolitiker dazu, diskretionär und zeitlich eng befristet einzugreifen. Das hat zu der Unstetigkeit

des Wirtschaftsablaufs noch beigetragen. Dabei war seit 1976 die Konsolidierungsabsicht in vielen Ländern vorherrschend. Wie wenig aber in einem inflationsanfälligen Land eine kontraktive Finanzpolitik die Gewähr für Preisstabilisierung bietet, zeigt gerade das britische Beispiel. Denn es drohen Verteilungskonflikte mit ihren inflationären Folgewirkungen viel vehementer auszubrechen, wenn die Möglichkeiten von verteilungskonstanten Realeinkommenssteigerungen nur gering sind oder sogar – wie es hier für 1980 zu erwarten ist – vollends fehlen.

Erfolgversprechender und bei der in der Europäischen Gemeinschaft herrschenden bzw. zu erwartenden Arbeitsmarktlage auch geboten erscheint deshalb eine finanzpolitisch abgestützte Belebung der wirtschaftlichen Kräfte auf mittlere Sicht. Dazu gehört eine stärkere Anregung der privatwirtschaftlichen Investitionen und auch ein verstärktes Engagement im Bereich der öffentlichen Investitionen, die in allen EG-Ländern seit Anfang der 70er Jahre hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich zurückgeblieben sind. In jedem EG-Land ist dafür ein Bedarf vorhanden, etwa im Infrastrukturbereich oder bei der Entwicklung energiesparender Technologien. Auf diese Weise könnte der Staat dazu beitragen, daß sich die längerfristigen Nachfrage- und Gewinnerwartungen des privaten Sektors stabilisieren. Sicherlich kann der expansive Impuls nicht dort am stärksten sein, wo die Beschäftigungsprobleme besonders groß sind, wenn – wie in Italien – auch die Inflationsanfälligkeit besonders hoch ist und das Ausmaß der Defizite ebenso wie der Schuldendienst schon überdurchschnittlich sind. Die erforderliche Dosierung könnte unter Berücksichtigung aller Restriktionen zwischen den EG-Ländern auf der Ebene der Gemeinschaft abgestimmt werden. Damit böte sich zugleich die Chance, auf dem Wege der Integration einen Schritt weiterzukommen.

³ Vgl. „Welchen Beitrag hat die Finanzpolitik zum Aufschwung 1978 und 1979 geleistet?“ Bearb.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 11/1980.

Verhaltene Entwicklung des Exports

Zur Entwicklung des Außenhandels in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1979

Die Warenausfuhr war schon im Spätsommer 1979 auf einen flachen Wachstumspfad eingeschwenkt. Im Jahresendquartal war sie real und saisonbereinigt¹ nur wenig höher als im Vorquartal (1 vH; berechnet auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Die Bezüge aus dem Ausland haben dagegen beschleunigt expandiert, und zwar real um 4 vH gegenüber dem dritten Quartal. Dabei waren die Importe von Mineralöl und Mineralölprodukten rückläufig.

Bei diesem Verlauf von Ausfuhr und Einfuhr ist der Überschuß im Warenverkehr real erneut gesunken. In nominaler Rechnung war der Rückgang des Exportüberschusses wegen der erheblichen Verschlechterung der Terms of Trade noch wesentlich stärker. Im Dienstleistungsverkehr hat sich das Defizit im vierten Quartal zwar nochmals etwas verringert. Der Ausgabenüberschuß bei den unentgeltlichen Leistungen hat jedoch, nachdem er sich im Vorquartal zurückgebildet hatte, wieder das hohe Niveau vom zweiten Quartal erreicht. Seit dieser Zeit ist die Leistungsbilanz der Bundesrepublik defizitär, und zwar mit steigender Tendenz. Den Ausschlag hierfür gab der Abbau der Exportüberschüsse im Warenhandel. Nach jeweils knapp – 3 Mrd. DM im zweiten und dritten Quartal 1979 stieg das Defizit der Leistungsbilanz im Jahresendquartal auf den bisherigen Höchststand von saisonbereinigt – 6 Mrd. DM.

Nur vorübergehender Anstieg der Ausfuhr von Investitionsgütern

Die Ausfuhren der Grundstoffindustrien sind im Berichtsquartal real und saisonbereinigt fühlbar geschrumpft. Ins Gewicht fiel dabei, daß der bisher steile Anstieg der Exporte von Eisen und Stahl von einem Rückgang abgelöst wurde. Desgleichen hat die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen das Niveau des dritten Quartals deutlich unterschritten.

Die Exporte von Investitionsgütern sind dagegen im Jahresendquartal preis- und saisonbereinigt merklich ausgeweitet worden; diese Entwicklung wurde von den Lieferungen des Maschinenbaus geprägt. Dabei konnte jedoch der Rückgang vom vorangegangenen Quartal nicht wettgemacht werden. In der Grundtendenz ist beim Investitionsgüter-

export seit der Jahresmitte 1979 ein Abwärtstrend zu beobachten. Besonders deutlich erkennbar wird dieser Verlauf bei den in einer Warengruppe zusammengefaßten Lastkraftwagen und Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum. Aber auch die Ausfuhren von elektrotechnischen Investitionsgütern sind leicht gesunken; hier, wie bei der zuvor genannten Warengruppe, unterschreiten die Exporte seit der Jahresmitte 1979 das Vorjahresniveau. Die Lieferungen von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten ebenso wie die von EBM-Waren haben im Berichtsquartal stagniert.

Wiederum etwas höher als im Vorquartal war die Ausfuhr von Verbrauchsgütern, allerdings hat sich hier das Wachstumstempo vermindert. Während die Ausfuhren von elektrotechnischen Verbrauchsgütern kräftig gestiegen sind, wurden Personenkraftwagen unter zwei Liter Hubraum in geringerem Umfang als im Vorquartal exportiert.

Expansion der Exporte in die westlichen Industrieländer . . .

Im Jahresendquartal haben nur noch die Ausfuhren in die westlichen Industrieländer insgesamt zugenommen. Die Lieferungen in die Entwicklungsländer (ohne Erdölländer) und in die Staatshandelsländer waren rückläufig. Der Export in die OPEC-Länder stagniert seit den Sommermonaten. Auch unter Ausklammerung Irans waren die Lieferungen in diese Ländergruppe etwas geringer als im Vorjahr.

Unter den EG-Ländern wurden an die bedeutenden Handelspartner Frankreich, Belgien-Luxemburg und Italien vermehrt Waren geliefert. Gestiegen sind auch die Exporte in die Niederlande, doch hat sich hier die Zunahme verlangsamt. Nach Dänemark hat die Ausfuhr stagniert, und nach Großbritannien sind sogar weniger Erzeugnisse als im Vorquartal exportiert worden.

Bei den Lieferungen nach Japan war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen; hierbei dürfte die seit Jahresbeginn 1979 zu beobachtende kräftige Abwertung des Yen gegenüber der D-Mark eine

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

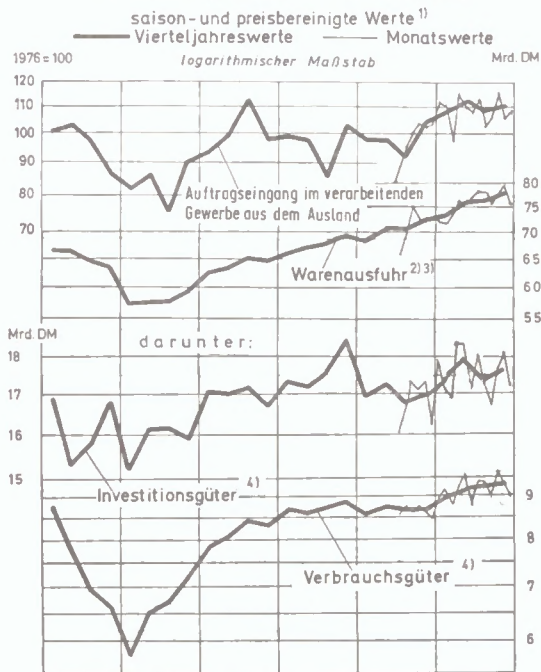
Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Ursprungswerte									Saison ¹⁾ - und arbeitstäglich bereinigte Werte				
	1977	1978	1979	1978					1979					
				IV	I	II	III	IV	IV	I	II	III	IV	
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)														
Ausfuhr	330,6	348,6	381,9	93,4	90,0	93,2	95,9	102,8	90,0	91,4	94,3	97,5	99,6	
Waren	268,4	279,2	308,5	75,5	72,7	77,1	75,0	83,7	72,4	73,6	77,1	78,2	80,7	
Dienste	62,2	69,4	73,4	17,9	17,3	16,1	20,9	19,1	17,6	17,8	17,2	19,3	18,9	
Einfuhr	301,1	311,5	369,4	80,5	82,0	89,9	99,0	98,5	81,1	84,4	90,8	95,0	99,4	
Waren	224,8	231,3	280,0	61,2	63,1	68,6	70,5	77,8	60,4	63,5	68,2	71,9	77,2	
Dienste	76,3	80,2	89,4	19,3	18,9	21,3	28,5	20,7	20,7	20,9	22,6	23,1	22,2	
Salden:														
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	29,5	37,1	12,5	12,9	8,0	3,3	-3,1	4,3	8,9	7,0	3,5	2,5	0,2	
Waren	43,6	47,9	28,5	14,3	9,6	8,5	4,5	5,9	12,0	10,1	8,9	6,3	3,5	
Dienste	-14,1	-10,8	-16,0	-1,4	-1,6	-5,2	-7,6	-1,6	-3,1	-3,1	-5,4	-3,8	-3,3	
Obertragungen ²⁾	-20,3	-19,6	-23,2	-3,5	-5,6	-6,2	-5,3	-6,1	-3,5	-5,6	-6,2	-5,3	-6,1	
Leistungsbilanz ³⁾	9,2	17,5	-10,7	9,4	2,4	-2,9	-8,4	-1,8	5,4	1,4	-2,7	-2,8	-5,9	
Veränderung ⁴⁾ in vH gegenüber dem														
	... Vorjahr						... Vorquartal							
Ausfuhr	5,9	5,4	9,6	5,5	3,8	8,0	11,4	10,0	2,7	1,5	3,2	3,4	2,1	
Waren	6,2	4,0	10,5	4,7	9,5	9,7	12,2	10,8	4,1	1,7	4,7	1,5	3,1	
Dienste	4,7	11,7	5,7	8,9	5,9	0,4	8,7	6,6	-2,8	0,5	-3,0	11,9	-1,9	
Einfuhr	6,2	3,5	18,6	7,5	12,6	16,4	22,4	22,3	4,3	4,0	7,7	4,6	4,6	
Waren	5,4	2,9	21,0	5,8	13,8	17,1	25,8	27,1	5,2	5,1	7,4	5,4	7,4	
Dienste	8,7	5,1	11,5	13,3	8,6	13,9	14,6	7,1	1,9	0,9	8,4	2,1	-4,3	
Zu Preisen von 1970 (Mrd. DM)														
Ausfuhr	234,9	245,3	257,6	65,3	62,5	63,4	64,1	67,6	62,8	63,2	64,2	65,4	65,3	
Waren	193,3	200,2	212,8	53,9	51,5	53,5	51,4	56,4	51,5	52,0	53,6	53,8	54,1	
Dienste	41,6	45,1	44,8	11,4	11,0	9,9	12,7	11,2	11,3	11,2	10,6	11,6	11,2	
Einfuhr	207,9	220,1	242,5	57,3	57,3	59,5	63,4	62,3	57,5	58,5	60,3	61,3	62,6	
Waren	156,7	168,8	188,6	45,1	45,4	46,6	46,4	50,2	44,2	45,4	46,6	47,6	49,5	
Dienste	51,2	51,3	53,9	12,2	11,9	12,9	17,0	12,1	13,3	13,1	13,7	13,7	13,1	
Salden:														
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	27,0	25,2	15,1	8,0	5,2	3,9	0,7	5,3	5,3	4,7	3,9	4,1	2,7	
Waren	36,6	31,4	24,2	8,8	6,1	6,9	5,0	6,2	7,3	6,6	7,0	6,2	4,6	
Dienste	-9,6	-6,2	-9,1	-0,8	-0,9	-3,0	-4,3	-0,9	-2,0	-1,9	-3,1	-2,1	-1,9	
Veränderung ⁴⁾ in vH gegenüber dem														
	... Vorjahr						... Vorquartal							
Ausfuhr	4,3	4,4	5,0	4,2	6,4	3,9	6,3	3,6	1,9	0,6	1,5	2,0	-0,3	
Waren	5,1	3,6	6,3	3,9	7,6	5,7	7,5	4,7	3,3	0,9	3,0	0,4	0,6	
Dienste	0,5	8,3	-0,6	5,5	0,9	-4,9	1,6	-1,4	-3,8	-0,8	-5,5	9,9	-4,2	
Einfuhr	4,7	5,9	10,2	10,1	11,5	8,4	12,1	8,8	4,9	1,8	3,0	1,6	2,1	
Waren	4,5	7,7	11,7	10,2	13,5	8,9	13,4	11,5	5,2	2,7	2,5	2,1	4,0	
Dienste	5,0	0,2	5,1	9,5	4,2	6,8	8,6	-1,0	3,7	-1,2	5,0	-0,1	-4,5	
Nachrichtlich: ⁵⁾														
Terms of Trade	97,2	100,4	97,5	101,8	100,5	97,4	95,9	96,2	101,5	100,3	97,6	96,3	95,7	
Veränderung in vH	0,0	3,3	-2,9	3,6	1,3	-3,2	-4,0	-5,5	1,1	-1,1	-2,7	-1,3	-0,6	

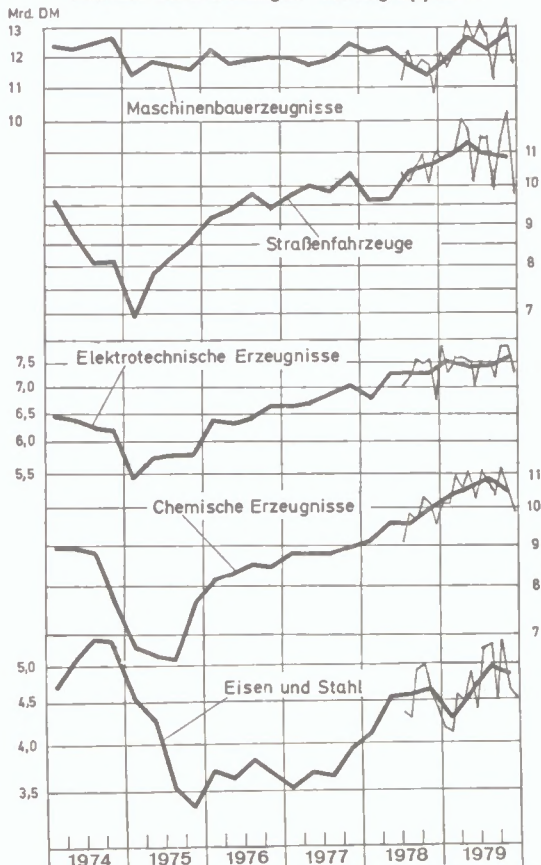
1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. - 2) Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. -
3) Außenbeitrag abzüglich Saldo der Obertragungen. - 4) Berechnet auf der Basis ungerundeter Daten. - 5) Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1970 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

Zur Ausfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland



Ausfuhr nach wichtigen Warengruppen²⁾⁵⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren; in Preisen von 1976. — ²⁾ Spezialhandel. — ³⁾ Zusätzlich arbeitstägig bereinigt. — ⁴⁾ Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart ausgewählte und abgegrenzte Waren. — ⁵⁾ Nach dem Warenverzeichnis der Industriestatistik abgegrenzte Erzeugnisse. Anteil der Warengruppen an der gesamten Ausfuhr im Jahre 1979 61 vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Rolle gespielt haben. Die Ausfuhr in die USA haben sich wieder etwas erhöht, doch konnte der Rückgang vom Vorquartal nicht aufgeholt werden.

... erheblich übertroffen vom Importwachstum

Die Importe aus den westlichen Industrieländern – ihr Anteil an der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik ist mit knapp drei Vierteln ebenso hoch wie der entsprechende Exportanteil – haben im Berichtsquartal saisonbereinigt wiederum erheblich stärker als die Exporte zugenommen. Der Ausfuhrüberschuß im Handel mit dieser Ländergruppe ist dabei erneut geschrumpft. Zu dieser Entwicklung hat jedoch weniger der Fertigwarenaustausch beigetragen als vielmehr die Verteuerung von Rohstoffen – insbesondere von Energieträgern und Edelmetallen –, welche die Bundesrepublik aus einigen dieser Länder importiert. So ist der bisher hohe Exportüberschuß im Handel mit Großbritannien aufgrund der zunehmenden Erdölimporte gegen Jahresende nahezu abgebaut worden. Erheblich ausgeweitet wurden – ebenfalls bedingt durch die Verteuerung des Erdöls und der Erdölprodukte – die Defizite im Warenverkehr mit den Niederlanden und Norwegen. Der Warenaustausch mit Südafrika und Kanada, wichtigen Lieferanten von hochwertigen Erzen und Edelmetallen, schloß im vierten Quartal mit einem erheblichen Defizit ab.

Kräftig gestiegen ist bei beschleunigt expandierenden Einfuhren das Defizit mit den OPEC-Ländern; im Berichtsquartal war der Import nominal bereits um knapp zwei Drittel höher als der entsprechende Export. Die Bezüge aus den Entwicklungsländern (ohne OPEC) und den Staatshandelsländern haben ebenfalls rascher zugenommen als die Exporte dorthin. Dabei erhöhte sich das Defizit mit den Entwicklungsländern; der Warenaustausch mit den Staatshandelsländern war im vierten Quartal nahezu ausgeglichen.

Kräftig steigende Einfuhren von Fertigwaren

Die Fertigwarenimporte haben preis- und saisonbereinigt wiederum überdurchschnittlich expandiert. Neben den Importen von Verbrauchsgütern, zu erwähnen sind besonders elektrotechnische Erzeugnisse, haben die Bezüge von Investitionsgütern im Jahresendquartal gegenüber dem dritten Quartal stark zugenommen. Hauptsächlich Maschinenbauerzeugnisse und elektrotechnische Investitionsgüter wurden vermehrt importiert, unter den Fertigwarenvorerzeugnissen vor allem Kunststoffe und chemische Vorprodukte.

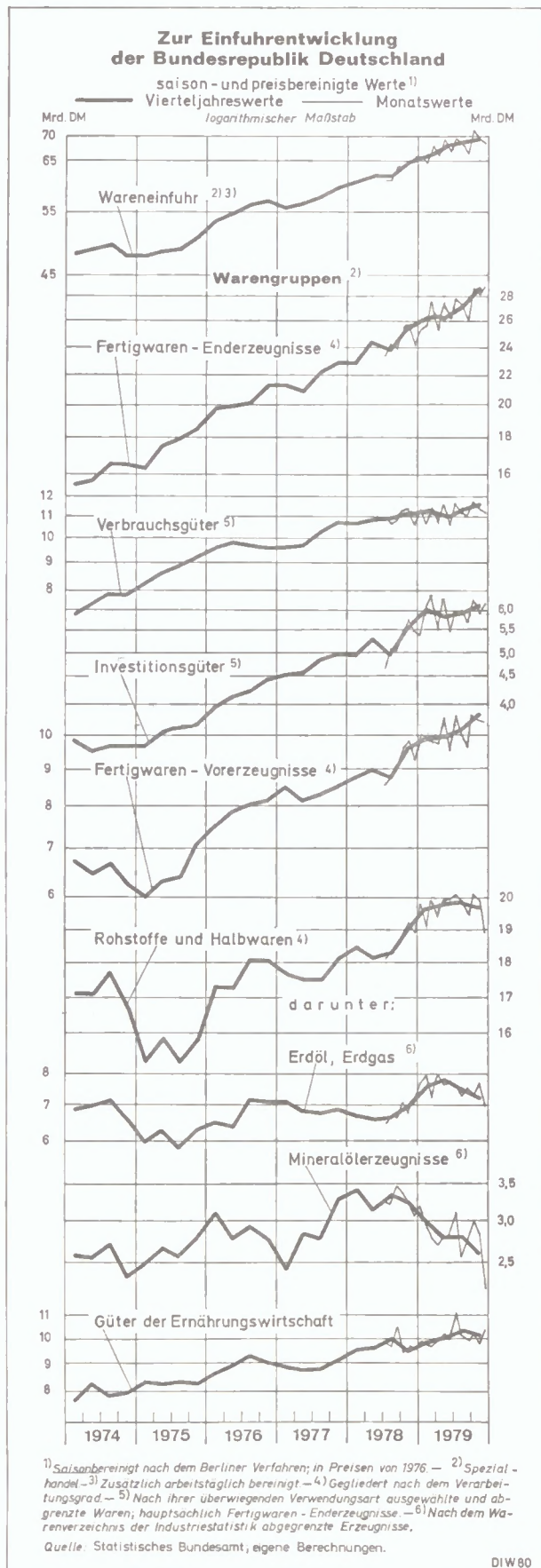
Die Einfuhren von Rohstoffen und Halbwaren (ohne Erdöl und Erdölprodukte) haben im vierten Quartal insgesamt noch zugenommen. Dies erklärt sich hauptsächlich mit erhöhten Bezügen von Edelmetallen und hochwertigen Erzen. Dagegen sind die Importe von Erdöl und Mineralölprodukten weiter rückläufig gewesen. Aufgrund des milden Winters und weitgehend gefüllter Lager ist die Nachfrage relativ niedrig gewesen.

Fortdauernde Verschlechterung der Terms of Trade

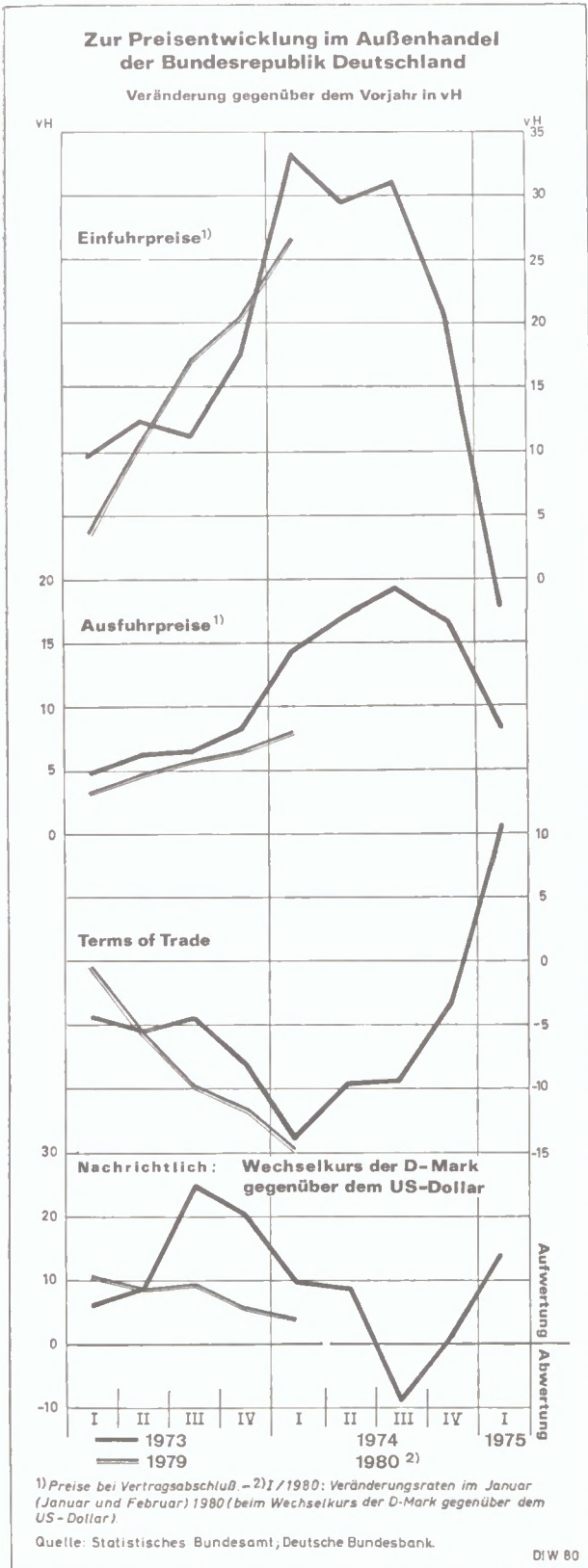
Die Einfuhrpreise (Kontraktpreise) sind im Berichtszeitraum erneut kräftig gestiegen; das Vorjahresniveau übertrafen sie um reichlich 20 vH. Diese Verteuerung ist nicht nur der Entwicklung bei Erdöl und Erdölprodukten zuzuschreiben. Auch bei anderen Rohstoffen zogen die Preise stark an; zu erwähnen sind besonders NE-Metalle, Leder und Holz. Deutlich schwächer war im Vergleich dazu der Preisanstieg bei den kontrahierten Fertigwarenimporten (6 vH).

Der Struktur der Ausfuhr entsprechend — hier dominieren Fertigwaren — hat sich die Ausfuhr der Bundesrepublik mit 6 vH im Vorjahresvergleich wesentlich schwächer verteuert als die Einfuhr. Im Vergleich von Rohstoff- und Fertigwarenpreisen stellt sich die Frage, ob sich die Preisschere in nächster Zeit wieder schließt.

Nimmt man einmal die Preisentwicklung im Außenhandel während der Erdölverteuerung zur Jahreswende 1973/74 als Maßstab, um das Weiterwälzen des Kostenauftriebs beurteilen zu können, dann deutet sich an, daß die Ausfuhrpreise diesmal dem Anstieg der Einfuhrpreise mit größerer Verzögerung folgen. Im Jahre 1974 haben die boomartige Nachfrage der Erdölländer und Vorratskäufe der Industrieländer eine rasche Weiterwälzung der Importbelastungen in den Exportpreisen begünstigt. Diesmal ist eine entsprechende Beschleunigung des Anstiegs der Exportpreise noch nicht zu registrieren. Dazu hat vermutlich die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar wie auch die Importzurückhaltung der OPEC-Länder beigetragen. Die konjunkturelle Abkühlung in den westlichen Industrieländern läßt erwarten, daß der Anstieg der Exportpreise relativ verhalten sein wird. Ein Einschwenken der Rohstoffpreise und damit der Preise der gesamten Wareneinfuhr auf diesen Trend der Ausfuhrpreise zeichnet sich dagegen noch nicht ab. Anders als in der Phase 1973/74 ist diesmal eine anhaltende Verschlechterung des Austauschverhältnisses der Bundesrepublik wahrscheinlich.



Ausblick



Die Nachfrage aus dem Ausland bröckelt seit dem Frühsommer 1979 ab. Zwar zeigt die aktuelle Entwicklung des Auftragseingangs beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland eine gewisse Stabilisierung: Im Zweimonatsvergleich Januar/Dezember gegenüber Oktober/November 1979 blieben die Aufträge preis- und saisonbereinigt konstant. Dies ist jedoch überwiegend Sondereinflüssen zuzuschreiben. Abgesehen von einigen Großaufträgen im Investitionsgüterbereich sind offenbar Bestellungen wegen erwarteter stärkerer Verteuerungen vorgezogen worden. So wurden besonders chemische Vorerzeugnisse, bei denen die Erhöhungen des Erdölpreises kräftig zu Buche schlagen, vermehrt nachgefragt.

Die Warenausfuhr dürfte sich, wie auch die Entwicklung im Januar zeigt, zunächst noch auf hohem Niveau halten. Für die Entwicklung im weiteren Jahresverlauf wird entscheidend sein, ob die negativen konjunkturellen Einflüsse, die vom abflachenden Wirtschaftswachstum in wichtigen Partnerländern ausstrahlen, durch die verbesserte Wettbewerbsstellung der deutschen Exporteure infolge der D-Mark-Abwertung überspielt werden können.

Das Anstiegstempo der Wareneinfuhr hat sich im Januar/Dezember gegenüber den Monaten Oktober/November 1979 preis- und saisonbereinigt verringert. Die Bezüge von industriellen Vorprodukten sind weiter zurückgegangen. Für die folgenden Monate ist damit zu rechnen, daß die Wareneinfuhr bei schwächerem Wirtschaftswachstum im Inland nahezu stagnieren wird. Zu jeweiligen Preisen wird im Warenverkehr allenfalls noch ein geringer Überschub erzielt. Das Leistungsbilanzdefizit wird dabei weiterhin groß bleiben und im ersten Quartal kaum geringer ausfallen als im Endquartal 1979.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Heft 2/79. 108 S. DM 62,60.

Amtseinführung von Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp

Dr. Hellmuth Wagner

Dietrich Stobbe

Dr. Otto Graf Lambsdorff: Wirtschaftspolitik — Herausforderung für die Wirtschaftsforschung

Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp: Konjunkturpolitik und Strukturwandel als Probleme empirischer Wirtschaftsforschung

Zum Investitions- und Finanzierungsbedarf eines beschäftigungsorientierten europäischen Finanzausgleichs. Budgetäre Redistributionswirkungen und Integrationsimpulse in einer prä-föderativen Phase der Europäischen Gemeinschaft. Von *Fritz Franzmeyer* und *Bernhard Seidel*. —

Zinsvorstellungen und Verzinsungsperiode in ausgewählten Zinstheorien. Von *Eirik Svindland*. —

Saisonschwankungen im innerdeutschen Handel. Von *Horst Lambrecht* und *Hans-Martin Duseberg*. —

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/79. 152 S. DM 82,60.

Elementare Probleme der Analyse der Geldmengenpolitik bei rationalen Erwartungen. Von *Eirik Svindland*. —

Ökonomische Aspekte der Industrie-, Betriebs- und Arbeitssoziologie in der DDR. Von *Angela Scherzinger*. —

Wie rigide sind die Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft? Zum Konzept der abgestuften Integration. Von *Fritz Franzmeyer*. —

Wachstumsfördernde und wachstumshemmende Effekte der Integration der DDR in den RGW. Von *Jochen Bethkenhagen* und *Horst Lambrecht*. —

Zur Frage der Substitution von Mineralöl durch andere Energieträger. Dargestellt am Beispiel der Energiewirtschaft eines Bundeslandes. Von *Urs Dolinski* und *Klaus-Dieter Labahn*. —

Ausländer in Berlin. Demographische Perspektiven bis zum Jahre 2000. Von *Ingo Pfeiffer*. —

Kurzberichte: Gutachten-Dokumentation. —

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen 1978.

Heft 4/79. 128 S. DM 74,—.

Wird das Wirtschaftssystem der DDR durch vermehrte Kombinatbildung effizienter? Von *Manfred Melzer*, *Angela Scherzinger* und *Cord Schwartau*. —

Zur Fischereipolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Von *Peter Hrubesch*. —

Die Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld zwischen Koordinierungsbedarf und Planungsautonomie. Von *Herwig Birg*. —

Feineinstellung ökonomischer Modelle — Einige Erfahrungen mit der Berliner Version des Bonner Prognosesystems. Von *Jürgen Blazejczak*. —

Inflation, Zins und Kreditlaufzeiten. Von *Eirik Svindland*. —

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Öffentliche Haushalte der EG-Länder im Zeichen der Konsolidierung bearbeitet von Bernhard Seidel. —
Verhaltensentwicklung des Exports bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.